

Gemeinsamer Antrag auf Zustimmung zur Vaterschaftsanerkennung

Antrag der Mutter und des anerkennenden Vaters nach § 85c Absatz 1 AufenthG

Bitte füllen Sie den Antrag gemeinsam aus. Angaben, die auf Ihre Situation nicht zutreffen oder noch nicht bekannt sind, können Sie mit „entfällt“ oder „noch nicht bekannt“ kennzeichnen. Bitte fügen Sie vorhandene Nachweise bei. Die Ausländerbehörde kann weitere Angaben oder Unterlagen anfordern.

An die Ausländerbehörde	Landratsamt Kitzingen
-------------------------	-----------------------

1. Angaben zur Mutter

Familienname, Vorname	
Geburtsdatum und Geburtsort	
Staatsangehörigkeit(en)	
Anschrift	
Telefon und E-Mail (freiwillige Angabe)	
Aufenthaltsstatus (soweit bekannt)	

2. Angaben zum anerkennenden Vater

Familienname, Vorname	
Geburtsdatum und Geburtsort	
Staatsangehörigkeit(en)	
Anschrift	
Telefon und E-Mail (freiwillige Angabe)	
Aufenthaltsstatus (soweit bekannt)	

3. Angaben zum betroffenen Kind

Bitte beziehen Sie alle folgenden Angaben auf das Kind, für das die Zustimmung beantragt wird.

Familienname, Vorname (falls bereits festgelegt)	
Geburtsdatum und Geburtsort (falls geboren)	
Voraussichtlicher Geburtstermin (falls ungeboren)	
Staatsangehörigkeit(en) (falls bekannt)	
Gewöhnlicher Aufenthalt / Anschrift	
Geburtsstandesamt (falls bekannt)	

4. Angaben zur Vaterschaftsanerkennung

- ☐ Die Anerkennung ist beabsichtigt und noch nicht beurkundet.
- ☐ Die Anerkennung wurde bereits beurkundet; Urkunde/Abschrift ist beigelegt.
- ☐ Die Zustimmung der Mutter wurde bereits beurkundet; Nachweis ist beigelegt.

Beabsichtigte oder erfolgte Beurkundung bei	<i>Jugendamt / Notariat / Standesamt / sonstige Stelle:</i>
Datum oder geplanter Termin	
Urkunden- oder Vorgangsnummer (falls vorhanden)	

5. Weitere Angaben zur familiären Situation

☐ Die Mutter und der anerkennende Vater sind miteinander verheiratet. ☐ Nein

**Falls ja: Datum der
Eheschließung und Eheurkunde**

☐ Es gibt weitere gemeinsame Kinder.

☐ Nein

Falls ja: Name und Geburtsdatum der gemeinsamen Kinder; gegebenenfalls frühere Zustimmung der Ausländerbehörde

6. Nachweise und zusätzliche Erläuterungen

Bitte kreuzen Sie nur an, was Sie beifügen. Fehlende Unterlagen können nachgereicht werden; erläutern Sie dies gegebenenfalls im Feld darunter.

☐ Identitätsnachweise beider Antragstellenden (z. B. Pass oder Ausweis)

☐ Nachweis zur Geburt oder zum voraussichtlichen Geburtstermin des Kindes

☐ Urkunde über die Vaterschaftsanerkennung und Zustimmung der Mutter, falls bereits beurkundet

☐ Nachweise zum gemeinsamen Haushalt

☐ Heiratsurkunde bzw. Nachweise zu weiteren gemeinsamen Kindern oder früherer behördlicher Zustimmung

☐ Sonstige Unterlagen: _____

Weitere Angaben oder Erläuterungen (bei Bedarf separates Blatt beifügen)

[illegible]

7. Gemeinsame Erklärung Belehrung und Unterschriften

Belehrung nach § 85c Absatz 6 in Verbindung mit Absatz 5 und § 85b Absatz 2 Nummer 5 AufenthG

Beide Antragstellenden sind verpflichtet, die für die Entscheidung der Ausländerbehörde wesentlichen Tatsachen mitzuteilen, erforderliche Handlungen vorzunehmen und die erforderlichen Nachweise vorzulegen, soweit sie diese erbringen können.

Eine missbräuchliche Anerkennung wird vermutet, wenn seit Antragstellung fünf Monate verstrichen sind, Sie über Ihre Mitwirkungspflichten belehrt wurden und Sie wiederholt und unentschuldigt einer Anordnung zum persönlichen Erscheinen nicht nachkommen, sich in einer persönlichen Anhörung nicht oder in wesentlichen Teilen nicht zu Ihrer Person, zu den Umständen und zu den Gründen der Anerkennung äußern, wesentliche Fragen nicht, falsch oder unvollständig beantworten oder angeforderte erforderliche Nachweise nicht vorlegen (§ 85b Absatz 2 Nummer 5 AufenthG).

Erklärung

Wir beantragen gemeinsam, dass die Ausländerbehörde über ihre Zustimmung zur Anerkennung der Vaterschaft für das oben bezeichnete Kind entscheidet.

Wir versichern, dass unsere Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig sind. Uns ist bekannt, dass wir für die Entscheidung erhebliche Tatsachen mitteilen, verfügbare erforderliche Nachweise vorlegen und bei der Sachverhaltsaufklärung mitwirken müssen. Die Ausländerbehörde kann hierzu weitere Angaben, Unterlagen oder einen Gesprächstermin anfordern.

Uns ist bekannt, dass die gesetzliche Viermonatsfrist mit Eingang des Antrags bei der Ausländerbehörde beginnt und unter den gesetzlichen Voraussetzungen gehemmt sein kann, insbesondere bei einer genehmigten Aussetzung, einem versäumten Anhörungstermin oder einer nicht fristgerechten Mitwirkung.

Die oben genannte Belehrung haben wir verstanden.

Ort, Datum	
-------------------	--

Unterschrift Mutter

Unterschrift Anerkennender Vater

Bitte reichen Sie den Antrag mit den verfügbaren Nachweisen bei der zuständigen Ausländerbehörde ein. Die Behörde informiert Sie über das weitere Verfahren und gegebenenfalls benötigte Unterlagen.

Eingangsstempel / Vermerke der Ausländerbehörde

Eingang am	
Zuständige Sachbearbeitung	
Nachforderung / Wiedervorlage	